Wachsende Entsolidarisierung beenden!

Erklärung zum 12. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl haben wir eine unerträgliche Neiddebatte erlebt. Die AfD spielt mit völkischen Parolen gezielt Menschen gegeneinander aus. Sie will ein Ende des sozialen Ausgleichs für Schwächere. Das macht gerade vielen in Armut lebenden Menschen Angst.

Es ist Zeit, die Entsolidarisierung in Deutschland zu beenden. Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Geflüchtete, Alleinerziehende und Erwerbslose – alle in Armut lebenden Menschen leiden unter einer ungerechten Politik, die Reiche entlastet und Armut nicht bekämpft.

Die neue Bundesregierung muss zeigen, dass sie demokratische Beteiligung ernst meint. Dazu gehört, Solidarität wieder zum Grundpfeiler der Demokratie zu machen. An die Stelle von Angst und Unsicherheit müssen Mut und Tatkraft treten!

Als erste Schritte zu einem gerechteren Deutschland fordern wir:

- Einen ausreichenden Regelsatz in der Grundsicherung
- genug sozialen Wohnungsbau
- Schluss mit der Benachteiligung von Alleinerziehenden
- gute Arbeit statt prekäre Beschäftigung
- eine gerechte Kindergrundsicherung statt Bevorzugung reicher Familien.

Die ständige Kontrolle und Bestrafung durch die Ämter ist respektlos und demütigend. Die existenzbedrohlichen Sanktionen beim Regelsatz müssen abgeschafft werden!

Viele in Armut lebende Menschen haben das Gefühl: „Was politisch entschieden wird, hat mit mir nichts zu tun.“ Schon der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat thematisiert, dass politische Entscheidungen vor allem für Besserverdienende gefällt werden. Das gefährdet die Demokratie. Darum muss jetzt entschieden sozialpolitisch umgesteuert werden!

Wir wollen die Nationale Armutskonferenz zum Sprachrohr der Betroffenen weiterentwickeln und die Beteiligung von in Armut Lebenden in allen Strukturen der nak konsequent umsetzen!

Name	Wohnort	Unterschrift